

Blutiges Bollwerk Bachmut

Russische Angriffe
ebben langsam ab

VON PETER RUTKOWSKI

Es gibt zwei verlässliche Quellen für Nachrichten aus dem Krieg in der Ukraine: das US-amerikanische Institute for the Study of War, dessen Einschätzungen in den vergangenen 314 Tagen nie falsch waren. Und das britische Verteidigungsministerium (und mit ihm die britischen Geheimdienste). Letzteres gab am Dienstag eine Lagebewertung heraus, wonach „ein wesentlicher Durchbruch“ der russischen Angriffstruppen im umkämpften Bachmut in den kommenden Wochen unwahrscheinlich sei. Die ukrainischen Verteidiger hätten ihre Positionen verstärkt.

Die russischen Angriffe ließen demnach zuletzt nach – nachdem sie Mitte Dezember einen Höhepunkt erreicht hatten. „Beide Seiten haben hohe Verluste erlitten.“ Zurzeit würden nur noch Gruppen (um die zehn Personen), höchstens noch Züge (um die 30) auf russischer Seite aktiv sein.

Das Versagen der abgekämpften Bodentruppen führt dazu, dass die in relativ sicherer Entfernung stationierten russischen Artillerie und Luftwaffe ihre Terrorangriffe auf das ukrainische Hinterland verstärken. Am Montag wurden in der Oblast Cherson offiziell 79 Attacken gezählt. Zwei Menschen kamen ums Leben, neun wurden verletzt. mit dpa

Systematische Folter in Charkiw

Polizei führt ihre
Ermittlungen weiter

Seit der Befreiung der Umgebung der ostukrainischen Stadt Charkiw von russischer Besatzung hat die Polizei dort nach eigenen Angaben 25 Folterlager entdeckt. In den Lagern hätten russische Truppen auch Zivilpersonen unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten und gefoltert, teilte der regionale Polizeichef Wolodymyr Tymoschko am Montag mit. Die Gefangenen seien teils mit Elektroschocks misshandelt worden, anderen seien die Finger gebrochen worden.

Die russischen Truppen wurden erst Anfang September aus der Oblast Charkiw vertrieben. Seitdem sollen dort 920 Leichen von Zivilpersonen, darunter 25 Kinder, entdeckt worden sein, teilte Tymoschko weiter mit.

Die Russen haben nach bisherigen ukrainischen Ermittlungen auch in anderen Gebieten Kriegsverbrechen begangen. Nach ihrer Flucht aus dem Kiewer Vorort Butscha wurden dort mehr als 400 Leichen entdeckt. Die Ermittlungen dauern an – wahrscheinlich noch Jahrzehnte. FR/dpa



„Die Atomwaffen wären im Kriegsfall ein erstes Angriffsziel.“ Das Archivbild zeigt Protest gegen Atomwaffen in Büchel. M. SCHICK

FRIEDENSFRAGEN

Befeuert der Kauf der F-35-Jets die atomare Aufrüstung?

Im Haushaltsausschuss wurde Mitte Dezember 2022 der Kauf der F-35-Kampffjets beschlossen. Die Vorentscheidung für den knapp zehn Milliarden Euro teuren Tornado-Nachfolger fiel bereits drei Wochen nach Beginn des Ukraine-Krieges. Sie war Teil des 100-Milliarden-Aufrüstungspakets der von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen sogenannten Zeitenwende.

Damit wird die Aufrüstung der im Rahmen der nuklearen Teilhabe in Deutschland stationierten US-Atomwaffen eingeleitet. Die elektronische Ausstattung der F-35 ist die Voraussetzung dafür, die neuen US-amerikanischen B61-12-Atombomben flexibel einsetzen zu können. Laut Medienberichten sollen die Bomben in diesen Tagen in Deutschland stationiert werden und das Vorgängermodell ersetzen.

Die neuen Bomben sind lenkbar und damit zielgenauer und vermeintlich einsetzbarer. Jede Bombe hat jedoch die mehrfache Sprengkraft der Hiroshimabombe und könnte unmittelbar Hunderttausende Menschen töten. Ihr Einsatz würde gegen das humanitäre Völkerrecht und das Menschenrecht auf Leben verstoßen.

Als Reaktion auf den Horror des Zweiten Weltkrieges wurden 1949 die Genfer Abkommen verabschiedet. Sie verbieten Waffen, die keine Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen zulassen und langan-



„Die Bundesregierung sollte auf die Stationierung modernisierter US-Atomwaffen verzichten.“

Inga Blum

ZUR SERIE

Die Menschen in der Ukraine brauchen Frieden, aber es herrscht Krieg. Welche Wege können zum Frieden führen? Welche Rolle soll Deutschland dabei spielen?

In der Serie #Friedensfragen suchen Expertinnen und Experten nach Antworten auf viele drängende Fragen. Dabei legen wir Wert auf eine große Bandbreite der Positionen – die keineswegs immer der Meinung der FR entsprechen.

Alle Artikel finden sich auch auf unserer Homepage unter www.fr.de/friedensfragen.

haltende, schwere Schäden der Umwelt verursachen – so wie Atomwaffen.

Die Bundesregierung argumentiert, die Atomwaffen seien reine Abschreckungs- und keine Angriffswaffen. Dabei ignoriert sie, dass ihr Standort in Büchel bekannt ist und die Atomwaffen im Kriegsfall ein erstes Angriffsziel wären. Für einen „Vergeltungsschlag“ stünden sie nicht zur Verfügung. Deshalb sind sie vor allem für den nuklearen Ersteinsatz geeignet, den sich die Nato in ihrer Strategie offenhält.

Nur der US-Präsident kann die Freigabe für den Einsatz der Atomwaffen in Deutschland geben. Es wären aber deutsche Soldaten, die diese abwerfen müssten. Der Einsatz von Atomwaffen durch Bundeswehrsoldaten wäre ein Bruch des Nichtverbreitungsvertrages, den Deutschland unterzeichnet hat. Da der Vertrag die Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung enthält, ist auch die Aufrüstung mit den B61-12 völkerrechtswidrig.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die Entscheidung über die Beschaffung der neuen Flugzeuge mit Blick auf die nukleare Teilhabe „sachlich und gewissenhaft“ zu begleiten. Doch eine transparente Debatte hat nie stattgefunden. Stattdessen hat der US-Konzern Lockheed Martin, Hersteller der F-35-Jets, etwa 60 Bundestagsabgeordnete im September 2022 zu einer „Informationsveranstaltung“ in ein Feinkostrestaurant des Bundestags eingeladen – Kostenpunkt: 24000 Euro. Ebenso wenig wird öffentlich über die immensen Umbaukosten des Luftwaffenstützpunkts

Büchel in Höhe von etwa 750 Millionen Euro diskutiert.

Der Kauf der F-35 beeinflusst die Dynamik des internationalen Wettrüstens. Die im Dezember veröffentlichten Zahlen des Friedensforschungsinstituts Sipri zeigen, dass die Rüstungsausgaben für 2021 global bereits das siebte Jahr in Folge stiegen. Hohe Summen, die weltweit in Rüstungsprogrammen fließen und für die Bekämpfung der Klimakrise und das Erreichen der Millenniumsziele fehlen.

Stattdessen sollte die Bundesregierung sich für die atomare Abrüstung einsetzen und auf die Stationierung der modernisierten US-Atomwaffen komplett verzichten. Ein weiterer Schritt könnte ein genereller Verzicht auf die Stationierung von US-Atomwaffen auf dem Territorium der Nato-Länder sein.

Mit Blick auf den Ukraine-Krieg und die erhöhte Atomkriegsgefahr könnten Länder wie Deutschland, Belgien, Italien, die Niederlande und die Türkei erklären, auf die nukleare Teilhabe zu verzichten und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Im Gegenzug könnte mit Russland darüber verhandelt werden, die Atomwaffendepots in Kaliningrad zurückzubauen und auf eine Stationierung von Atomwaffen in Belarus zu verzichten. Atomare Abschreckung ist kein Mittel der Kriegsverhütung, sondern birgt die Gefahr einer globalen Katastrophe.

Inga Blum ist Mitglied im internationalen Vorstand von IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges).